Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 91 (2000)

Heft: 10

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

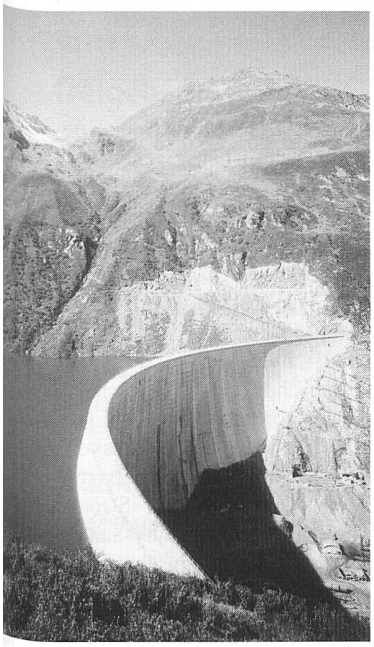
Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

«Zum grossen Schaden der Kraftwerke»

(so) Den Entwurf des Bundesgesetzes über Stauanlagen lehnt die Bündner Regierung rundweg ab. Die darin vorgesehene zusätzliche finanzielle Belastung der Kraftwerkgesellschaften sei für die Betreibenden nicht zu verkraften. Mit seiner harschen Kritik am Entwurf für das Stauanlagengesetz steht der Kanton Graubünden nicht allein da. Bereits Ende Februar hatten die Regierungen der sieben Gebirgskantone (Wallis, Uri, Tessin, Glarus, Obwalden, Nidwalden und Graubünden) die Vorlage in einer gemeinsamen Verlautbarung zerrissen.



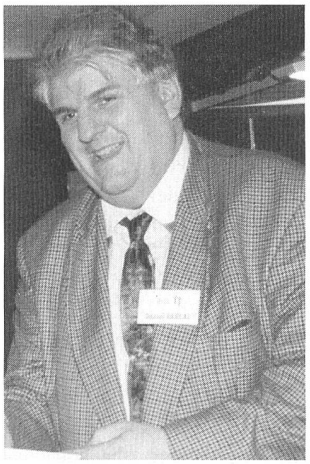
Bündner Regierung lehnt den Entwurf des Bundesgesetzes über Stauanlagen ab (im Bild Stauanlage Nalps/GR).

Weiteres Vorgehen am Wellenberg festgelegt

(uv) Bundesrat Moritz Leuenberger und eine Delegation der Nidwaldner Regierung haben am 24. März das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle im Wellenberg diskutiert. Basierend auf dem Bericht der Expertengruppe Entsorgungskonzepte (EKRA) müssen vorerst die Pläne für den Sondierstollen angepasst werden, damit für den späteren Lagerbau kein Präjudiz geschaffen wird.

«Sauvegardons les chances des entreprises suisses!»

(ep) Certes, la libéralisation de l'électricité européenne est en marche. Cela dit, chaque pays prend des dispositions pour donner à son industrie électrique les meilleurs chances de survie dans un marché ouvert. C'est ce que rappelait récemment Daniel Brélaz à un groupe de parlementaires fédéraux romands. Le directeur des Services industriels de Lausanne met la Suisse en garde contre un excès de zèle qui porterait gravement atteinte à la compétitivité de ses propres entreprises électriques: «l'Union européenne annonce que son marché de l'électricité est d'ores et déjà ouvert à raison de 50% ou 60%. Or ce chiffre est trompeur. Cet impressionnant degré d'ouverture est d'abord dû aux



Daniel Brélaz met la Suisse en garde contre un «excès de zèle».

comportements de quelques «îles énergétiques»: la Scandinavie, la Grande-Bretagne et l'Espagne, qui n'ont pratiquement aucune liaison électrique avec le reste du continent européen. Dès lors, que leur marché soit ouvert ou fermé ne leur pose pas de réels problèmes puisque les capacités en transport de courant jusqu'à eux sont marginales ou inexistantes. Ils ne prennent ainsi pas de risques de dumping extérieur par une ouverture totale. Cela modifie évidemment l'appréciation qu'on peut faire du degré élevé d'ouverture en Europe.»

Reduktion der Kapitalkosten von Kernkraftwerken

(sva) Die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Kernenergie wird gemäss Kernenergieagentur NEA der OECD auch in Zukunft am meisten ausschlaggebend für den KKW-Anteil am Stromerzeugungsmix sein. In einem kürzlich erschienenen Bericht untersucht die NEA, wie Atomkraftwerke ihre Kapitalkosten reduzieren können. Die Kapitalinvestition für den Bau sei heute für rund 60% der Stromgestehungskosten verantwortlich. Allein durch grössere Einheiten oder den Bau mehrerer Zwillingsblöcke am gleichen Standort liessen sich die Kapitalkosten pro Kilowattstunde

Der Blitzableiter

Logo!

Was Neues muss her, koste es was es wolle! Vor allem in Hinblick auf das neue Jahrtausend – so hat man das Gefühl – scheinen die Unternehmungen aller Branchen geradezu besessen von der Idee eines neuen Erscheinungsbilds oder «Logos», sofern sie nicht fusionieren oder sonstwo auf- oder untergehen. Abgesehen, dass ein neues Logo sündhaft teuer ist – Grafiker verlangen gut und gerne zehntausende Franken dafür – zeugt diese Mode nicht gerade von hoher Firmenkultur. Betrachtet man verschiedene langfristig wirklich erfolgreiche Firmen, so stellt man fest, dass diese am Logo nie gross herumgeknabbert haben. Hier wären zum Beispiel Coca-Cola, Nestlé oder Mercedes zu nennen, oder etwa die katholische Kirche, deren Logo in bald 2000 Jahren im Prinzip nur kleine Veränderungen erfuhr. Ein altes, festes Logo zeugt auch von Qualität und Stabilität. Beispiele sind hier die Flaggen von Grossbritannien, Schweden oder der Schweiz. Auch hüten sich manche grosse Qualitätszeitungen davor, ihre eigentlich völlig veralteten Frakturschriften im Titel zu verändern.

B. Frankl

drastisch verringern, wie Beispiele in Kanada, Frankreich, Korea, Schweden und den USA zeigten. Weitere Möglichkeiten zur Kapitalkostenreduktion seien: Verbesserte Baumethoden, kürzere Bauzeiten, Auslegungsverbesserungen, Standardisierung und Serienherstellung, organisatorische und vertragliche Aspekte, Reform der Aufsichts- und Bewilligungsverfahren.

Schwedische KKW-Schliessung erhöht Kohlestromproduktion

(sva) Die politisch erzwungene Stilllegung des schwedischen Reaktorblocks Barsebäck-1 hat unmittelbare Folgen für die Umwelt: Statt den Winterstrombedarf emissionsfrei im einheimischen KKW zu produzieren, musste Schweden in den letzten drei Monaten über eine Milliarde Kilowattstunden aus Dänemark importieren. In dänischen Kohlekraftwerken wurden rund 350 000 Tonnen Kohle aus Russland und Polen verbrannt, um diese Elektrizität zu erzeugen. Die Erdatmosphäre wurde dadurch mit einer Million Tonnen CO_2 «angereichert».

Hohe Netznutzungsentgelte

(e/mi) Der Stromkonzern RWE Energie ist das erste deutsche Verbundunternehmen, das seine neuen Netzpreise (Netznutzungsentgelte gemäss der neuen Verbändevereinbarung) bereits im Internet (www.rweenergie.de) veröffentlicht hat. Für Kleinkunden ohne Leistungsmessung werden Netto-Netzpreise verlangt, die aus einer Grundgebühr von 15,00 Euro/Jahr und einem Arbeitspreis von 5,64 ct./kWh bestehen. Hinzu kommt ein jährlicher Verrechnungspreis von 24,48 Euro für einen Wechselstrom-Eintarifzähler bzw. von 30,60 Euro für sonstige Zähler. Damit zahlt ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 2500 kWh mindestens 180,48 Euro/Jahr, was 7,22 ct./kWh (14,15 Pf./kWh) entspricht. Mit Konzessionsabgabe, Stromsteuer und Mehrwertsteuer kommt ein Endpreis von fast 24 Pf./kWh allein für die Netznutzung zustande.

24 Pf./kWh allein für die Netznutzung?

Deutsche Industrie-Strompreise fallen weiter

(em) Der Industrie-Strompreisvergleich des VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft in Essen zeigt für das zweite Halbjahr 1999 einen beschleunigten Preisrückgang in Deutschland. Das Niveau der Norm-Sonderverträge ist unter Berücksichtigung der allgemein gewährten Preisrabatte in den letzten sechs Monaten im Durchschnitt um 17% von 13,6 Pf./kWh auf 11,6 Pf./kWh gesunken. Seit Beginn der Strommarktliberalisierung Anfang 1998 sind die Durchschnittspreise laut VIK um rund 26% (4,1 Pf./kWh) gefallen.

Werden die Strompreise ab 2002 wieder steigen?

(f) Die Senkungen der Strompreise als Folge der Marktliberalisierung werden spätestens Ende 2001 auslaufen. «Für Industriekunden ist schon heute der Preissenkungsspielraum ausgeschöpft, für die Endverbraucher ist noch etwas Potenzial vorhanden», sagte Heinz Klinger, Präsident der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW). Schuld an den drohenden Preissteigerungen sei vor allem der Staat, der «einen grossen Teil der Preissenkungen der vergangenen zwei Jahre durch neue Steuern und Vorschriften absahnt». Seit der gesetzlichen Öffnung des Strommarktes vor zwei Jahren sei in Deutschland eine «in Europa einmalige» Wettbewerbsintensität entstanden. Für Grosskunden sei der Strompreis um bis zu 40% gesunken und liege heute gleichauf mit den Preisen in England oder Frankreich. Nach Schätzungen des Verbandes wurden in zwei Jahren an die Grossverbraucher Preissenkungen im Wert von 11 bis 20 Mrd. DM weitergegeben.

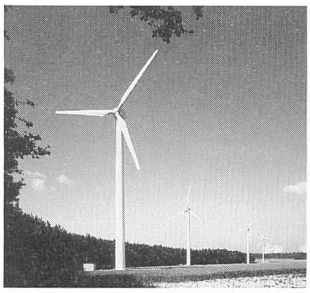
Erneuerbare-Energien-Gesetz belastet deutsche Stromanbieter

(vdew/m) «Das von der rot-grünen Regierungskoalition vorgelegte Erneuerbare-Energien-Gesetz wird einen forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien auslösen. Der dadurch rasch wachsende Bedarf an Subventionen wird zu wieder steigenden Strompreisen in Deutschland führen.» Das erklärte Dr. Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt am Main, zur Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) am 25. Februar im Deutschen Bundestag. Alle rund 900 Stromanbieter in Deutschland würden durch das Gesetz gezwungen, die dadurch entstehenden Kosten – soweit im harten Stromwettbewerb überhaupt möglich – an ihre Kunden weiterzugeben. Ein Fortschritt am Gesetz sei, dass die Vergütungssätze für Strom aus Wind (12,1–17,8 Pf./kWh), Biomasse (17–20 Pf./kWh), Wasserkraft (15 Pf./kWh), Geothermie (14–17,5 Pf./kWh) und Photovoltaik (99 Pf./kWh) degressiv angelegt und zeitlich befristet würden. Meller: «Wichtig ist ausserdem die vom Gesetz vorgeschriebene regelmässige Überprüfung der Höhe der Vergütungen.»

Solarstrom soll gemäss neuem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz 99 Pf./kWh erhalten (im Bild Photovoltaikanlage Neurather See/Photo RWE).

Strom und TV

(in/m) Fernsehsender berichten oft und kritisch über die Produktion und den Verbrauch von Strom. Doch wie steht es mit den eigenen Bedürfnissen? Gemäss der Zeitschrift «Strom» der Infel betrug zum Beispiel 1999 der Stromverbrauch von Tele 24 und Tele Züri ohne die Übermittlung rund 600 000 Kilowattstun-den (kWh). Bei einer durchschnittlichen Einschaltdauer von zwei Stunden pro Tag beträgt der Jahresverbrauch eines Fernsehers 66 kWh. Ein heimlicher Stromfresser ist die Stand-by-Schaltung: Wird der Fernsehapparat das ganze Jahr nur mit der Fernbedienung ausgeschaltet, so ist der Stromverbrauch dafür mit 80 kWh höher als derjenige für die Zeit des Fernsehen selbst.



Windpark Grevenbroich (Bild RWE).

Windrekord

(em) Die deutsche Windindustrie hat im vergangenen Jahr eine neuen Rekord aufgestellt: 1999 gingen insgesamt 1674 Turbinen mit 1569 MW Gesamtleistung neu ans Netz. Dies sind rund 50% mehr als im Vorjahr. Zum Vergleich: im windfreundlichen Dänemark waren bis Ende 1998 landesweit erst 1448 MW in Betrieb. Mit den neu errichteten Anlagen erhöht sich die deutsche Windkraftkapazität auf rund 4450 MW. Dies ist der grösste nationale Windpark der Welt. Auf der internationalen Rangliste folgen die USA mit deutlichem Abstand mit rund 2500 MW. Die nunmehr 7850 Windturbinen können in einem normalen Jahr 2% des bundesweiten Strombedarfs decken.

Österreich will den Strommarkt völlig freigeben

(t) Auf dem österreichischen Strommarkt soll ab Oktober 2001 der freie Wettbewerb um Privatkunden und Unternehmen eröffnet werden. Wie Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am 28. März in Wien ankündigte, will die Regierung ein Jahr später auch den Gasmarkt völlig freigeben.

Frankreichs 59. Kernkraftwerk am Netz

(sva) Mit Civaux-2 wurde am 4. März 2000 der 59. Kernkraftwerksblock Frankreichs ans Netz geschaltet. Es handelt sich dabei um den vierten Druckwasser-Reaktorblock der französischen Baureibe N4. Mit rund 1450 Megawatt Nettoleistung sind die N4-Anlagen die momentan leistungsfähigsten der Welt.

Zürcher Solaranlagen von Bewilligungspflicht befreit

(kfe) Zur Förderung der Solarenergie werden im Kanton Zürich neu Solaranlagen auf Dächern bis zu einer Gesamtfläche von 35 m² unter gewissen Auflagen von der Bewilligungspflicht befreit. Die Befreiung gilt nicht in Kernzonen und im Geltungsbereich einer anderen Schutzanordnung sowie eines Ortsbild- oder Denkmalschutzinventars.

Photovoltaik-Kleinanlagen gefördert

(kfe) Die Neuenburger Kampagne zur Förderung von kleinen Photovoltaikanlagen war erfolgreich. Es wurden an die 300 Anlagen bestellt. Die ersten 100 Anlagen wurden von der kantonalen Energiefachstelle unterstützt. Die 200 restlichen Anlagen werden von den verschiedenen Industriellen Betrieben der Neuenburger Gemeinden subventioniert. Diese haben beschlossen, die Hälfte ihrer Unterstützungen den Käufern von Kleinanlagen zukommen zu lassen und die andere Hälfte in einen Forschungsfonds für Photovoltaik-Sonnenenergie einzulegen. Der endgültige Preis für die Käufer beträgt daher 750 Franken pro Kleinanlage.

Neues Brennstoffzellen-BHKW

(kfe) In Birsfelden baut die Alternative-Energie-Birsfelden AG (AEB) auf dem Schulgebäude des Kirchmattschulhauses ein erdgasbetriebenes Brennstoffzellen-BHKW. Die Erzeugungseinheit ist ein kompaktes, in Containerbauweise errichtetes, selbstständiges Kraftwerk mit 200 kW. Bei maximaler elektrischen Leistung wird gleichzeitig Heizwärme mit rund 220 kW_{th} Leistung verfügbar sein. Die Anlage ist für einen automatischen Betrieb konstruiert. Das Projekt wird vom Bund und dem Kanton Baselland finanziell unterstützt.

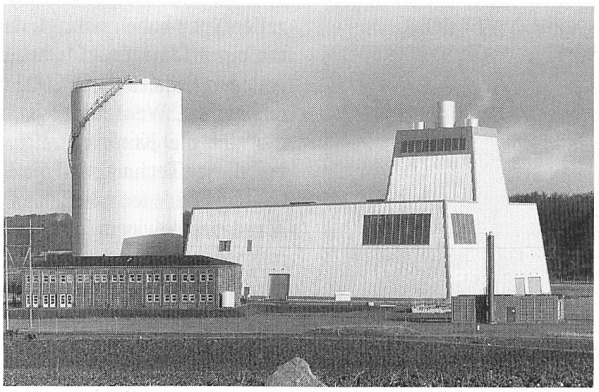
Weder «öko noch logisch»

(efch) An der Generalversammlung des Arbeitskreises Kapital und Wirtschaft sprach am 30. März in Zürich Dr. Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundes der Deutschen Industrie BDI, vor Vertretern aus Wirtschaft und Politik über die Erfahrung der deutschen Wirtschaft mit der von der rotgrünen Regierung eingeführten «Ökologischen Steuerreform». Weil diese sowohl der Globalität des CO_2-Problems als auch der Globalisierung der Wirtschaft keine Rechnung trage, sei es zu grotesken Verlagerungen von energieintensiven Prozessen gekommen. So würde zum Beispiel Zement statt in Deutschland in Polen – mit verheerenden ökologischen Folgen – produziert und dann mit zusätzlicher ökologischer Belastung nach Deutschland transportiert. Das sei absurd.

Die «Ökologische Steuerreform» habe zudem die Lösung anstehender sozialpolitischer Probleme verhindert und führte, wenn die versprochene Lenkung wirklich zum Greifen käme, zum finanziellen Kollaps der so subventionierten Sozialsysteme. Interessant auch, dass Dänemark, das die «Ökologische Steuerreform» eigentlich erfunden hat, die Liste jener Länder anführt, die in den letzten Jahren ihren CO_2-Ausstoss am meisten gesteigert haben.

Henkel meinte, es gäbe sinnvollere Strategien zur Erzielung gewünschter ökologischer Effekte als gut tönende Ideen, die dann in der Praxis erwiesenermassen zum Scheitern verurteilt sind. So wäre etwa ein spezieller Mehrwertsteuersatz für die Energie ein denkbarer Ansatz. Der ökologische und ökonomische Schaden wäre dabei weit geringer als jener, den die «ökologische» Besteuerung von Energie bewirkt. Noch wichtiger sei es, die Nachhaltigkeit von Massnahmen in allen Bereichen zu prüfen und anzustreben – im Ökobereich hätten sich etwa die Einführung lokaler Lösungen mit handelbaren Zertifikaten für energieintensive Aktivitäten als effektiv erwiesen.

Die verlockende Aussicht auf eine «doppelte Dividende» durch die «ökologische» Besteuerung der Energie habe sich dort, wo sie eingeführt wurde, vielmehr als «doppelte Legende» entpuppt. Deshalb sei man heute in Deutschland gezwungen, immer mehr Ausnahmen zu machen. Die EU habe bereits ihr Veto gegen diese «Bevorzugung und indirekte Subventionierung einzelner Branchen» eingelegt: spätestens Ende 2002 müssen diese deshalb wieder rückgängig gemacht werden.



Dänemark: CO_2-Ausstoss am meisten gesteigert (im Bild ein dänisches Kombikraftwerk).